

Zwischen Emanzipation und

Faschisierung



Linker Widerstand in der EU

Die Weltwirtschaftskrise befindet sich in ihrem siebten Jahr. Die Lebensverhältnisse werden brutaler und Menschen rücksichtsloser. Vielfach sind es Angehörige der Mittelschicht, getrieben von der Angst vor ihrem sozialen Abstieg. Der alltägliche Rassismus zerfetzt die »liberale« Oberfläche der Gesellschaft. Die Weltwirtschaftskrise beschleunigt die Diskriminierung derjenigen, die nicht ins kapitalistische Verwertungsschema passen. Der Faschismus ist als eine Form verschärfter kapitalistischer Ausbeutung tief im Kapitalismus selbst verwurzelt. Die Morde des faschistischen NSU sind nur die Spitze eines Bergs aus Eis.

Die SPD gab 1993 den rassistischen Pogromen von 1991 und 1992 nach und setzte mit der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung eine Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes durch, womit das **Asylrecht faktisch abgeschafft** wurde. Der Einwanderungsstopp stärkte die rassistische Grundstimmung in der Bevölkerung. Neben anderen faschistischen Organisationen entstand der NSU und konnte sich auch auf Unterstützer im Staatsapparat und in den Geheimdiensten verlassen.

In der Krise müssen **Staat und Kapital** noch autoritärer auftreten, sie wollen aber zugleich nicht zum Ziel von Angriffen der Lohnabhängigen werden. Der Rassismus funktioniert als Ventil. Viele Menschen richten ihren Hass nicht gegen »die da Oben« sondern laden ihn auf rassistisch stigmatisierte und sozial schwächere Menschen ab. Das lenkt sie von der eigenen Unfreiheit ab und es nützt dem Kapital. Die Profiteure des sozialen Terrors fürchten sich vor der wachsenden Armut, die sie doch selbst mitproduzieren. Sie reagieren mit noch mehr sozialer Verachtung und Rassismus. So passt sich ihr Bewusstsein den ökonomischen Erfordernissen verschärfter Ausbeutung an, welche ihnen nützt. Der Eisberg wächst.

»Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!« – der Demo-Spruch ist so gültig

wie nie. Der **Kapitalismus** ist schon in seinem »Normalzustand« für die meisten Menschen die Krise ihres Lebens. Dazu bewegt sich die Weltwirtschaft ständig am Rand der Rezession. Aber imperiale Staaten besitzen die ökonomische und militärische Macht, die Weltwirtschaftskrise im eigenen Land zu begrenzen, indem sie Elend und Zerstörung exportieren. Deshalb ist die Lage von Hunderten von Millionen Menschen im Trikont mörderisch: sie haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, sie hungern und sterben an leicht heilbaren Krankheiten. Die Leichenberge des Kapitalismus wachsen vor allem in Afrika und Asien. Deutsche Konzerne wie die Deutsche Bank und die Allianz tragen dazu auch bei, indem sie mit Nahrungsmitteln spekulieren.

Besonders die hegemoniale Macht Deutschland im **kapitalistischen Zentrum EU-Europa**, aber auch Frankreich nutzte die Weltwirtschaftskrise, um die Staaten an der *Peripherie* der EU als Regionen maximaler Ausbeutung festzulegen. Das deutsche Kapital profitierte vom technologischen Vorsprung und davon, dass es die halbwegs geregelte Lohnarbeit und die relative soziale Sicherung in der BRD zerschlagen konnte – die SPD/Grüne-Bundesregierung (1998 – 2005) half ihm.

Die Folge des deutschen Exportbooms war eine Kapitalentwertung z.B. in Griechenland, welche Staat und Gesellschaft destabilisierte. Die Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank [EZB], Internationaler Währungsfond [IWF]) sichert die Profite insbesondere deutscher Konzerne und Banken auf Kosten von Millionen Menschen. Viele haben nicht mehr genug zu essen. Die Gesundheitsversorgung ist zusammengebrochen, sogar krebserkrankte Kinder bekommen keine Medikamente. In Krankenhäusern fehlt das Nötigste, Operationen werden ausgesetzt. Allein in Athen leben mehr als 20 000 Menschen auf der Straße. FaschistInnen jagen MigrantInnen und PolizistInnen helfen ihnen dabei.

empfohlene Termine

1. Mai 2013, Berlin Revolutionäre 1. Mai-Demonstration

»Die Einzige Lösung – Revolution! Zusammen kämpfen gegen Kapitalismus, Krise und Krieg«
18 Uhr, Spreewaldplatz

Mehr Informationen: www.erstermai.nostate.net

Öffentliches Gespräch der Ökologischen Linken in Berlin

»Zwischen Emanzipation und Faschisierung Linker Widerstand in der EU«

mit **Dorothea Becker** (Dresden)
Jutta Ditfurth (Frankfurt/M.)
Sascha Jensen (Berlin)
Christoph Preuschhoff (Stuttgart)
Manfred Zieran (Frankfurt/M.)

Do. 2. Mai 2013

19 Uhr
MONARCH, Skalitzer Straße 134,
Berlin-Kreuzberg (U8/U1 Kottbusser Tor)

3. Mai 2013, Berlin Jutta Ditfurth: »ZEIT DES ZORNS, WORUM ES GEHT, wenn wir uns vom Kapitalismus befreien«, Vortrag & Diskussion.

Moderation: Michael Mäde.
19 Uhr, JW-Ladengalerie, Torstraße 6
Eintritt 6 Euro/4 Euro.
Um Voranmeldung wird gebeten unter
mm@jungewelt.de oder Tel. 030/53 63 55 56

25. Mai 2013, Berlin FIGHT RACISM NOW! Bundesweite antirassistische Demonstration

Mehr Informationen: www.fightracismnow.net

30. Mai & 1. Juni 2013, Frankfurt am Main BLOCKUPY FRANKFURT | Freitag: Aktionen u. a. »Blockupy Deportation Airport« Samstag: Antikapitalistischer Block auf der Großdemonstration

Mehr Informationen: www.blockupy-frankfurt.org

Viele GriechInnen wehren sich gegen den Terror der von der deutschen Regierung maßgeblich angeführten Troika. Sie gehen gemeinsam auf die Straße, organisieren Generalstreiks und helfen sich, das Elend zu überleben.

Etliche entwickeln darüber hinausgehende Perspektiven für eine vom Kapitalismus befreite griechische Gesellschaft und eine ebensolche Welt. Ihre Grundlage sind Erfahrungen jahrzehntelanger Klassenkämpfe, die bis in die Zeit der Militärdiktatur (1967–1974) und davor zurückreichen. Auch viele Menschen in Italien, Spanien und Portugal besitzen die Erfahrung eines jahrzehntelangen Widerstandes gegen Diktatur und Kapitalismus. Damit es in Griechenland nicht zu einer linken Regierungsübernahme, einem erfolgreichen Aufstand oder gar zu einer Revolution kommt, helfen das deutsche Kapital und seine deutsche Regierung sowie die bürokratische EU-Diktatur dem griechischen Staat bei der Aufrüstung seiner Repressionsorgane.

In der Krise bewegt sich der Protest nicht automatisch nach links. Der Vergleich zwischen dem Süden und dem Osten EU-Europas zeigt, dass nur unter bestimmten historischen Voraussetzungen, z. B. wie in Griechenland, emanzipatorischer Widerstand massenwirksam werden kann. Wenn es keine kraftvolle außerparlamentarische, antikapitalistische und militante Bewegung auf der Straße gibt, die emanzipatorische Perspektiven bietet, treibt die wachsende Angst vor der Armut viele Menschen eher nach rechts, zu den FaschistInnen. Sie glauben ihrer Hetze, dass eine nationalistisch-rassistische Politik ihnen individuelle Vorteile bringt.



Was die **Herrschenden des RGW-Blocks** »Sozialismus« bzw. »Kommunismus« genannt hatten, war zwar kein Kapitalismus aber eine diktatorische, freiheitsraubende Zumutung. Nach dem Zerfall der bürokratischen Kommandowirtschaften konnte sich dort keine emanzipatorische Bewegung entwickeln. Auch die kapitalistische Warenvielfalt und die Verheißung einer »Konsumfreiheit« standen einer sozialen Revolution im Weg.

Die **1968er Revolte** wirkte in der politischen Kultur der BRD erfolgreich und demokratisierte manche Bereiche der Gesellschaft. Seit den 1970er Jahren aber schlägt eine lange Welle der Konterrevolution zurück. Die anti-staatliche und antikapitalistische Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre, die mit Aufklärung und Massenmilitanz große Teile des Atompro-

gramms verhinderte, wurde mit polizeistaatlichen Mitteln zerschlagen. Auch anderen sozialen Bewegungen wurden erkämpfte Handlungsräume wieder genommen.

Der »Fordismus«, die Massenproduktion durch Fließbandarbeit in der Fabrik, hatte die Kampfkraft der Lohnabhängigen geschwächt, indem er sie ins kapitalistische System einband. Die **reformistischen Gewerkschaften** hingen am Gängelband staatstragender Parteien und unterwarfen sich angesichts der relativen Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum. Der mit der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte verbundene technische Fortschritt, insbesondere die Automation, Mikroelektronik und die elektronische Datenverarbeitung, half dem Kapital, die Lohnabhängigen im Produktionsprozess zu vereinzeln und um die Erfahrung gemeinsamer Kämpfe zu bringen.

Die Anschläge vom 11. September 2001 und der weltweite »Anti-Terror-Krieg« beschleunigten die Zerstörung der bürgerlichen Demokratien. Viele *bürgerliche* Freiheitsrechte, einst auf den Schultern des Proletariats gegen Adel und Kleurus erkämpft, stören heute. Soziale Gleichheit und wirkliche Freiheit, die ja auf ihr beruht, stehen dem weltweiten Konkurrenzkampf um maximale Ausbeutung und Profit ohnehin im Weg. Wir befinden uns mitten im Transformationsprozess zu einer autoritären Gesellschaft, entsprechend bedroht sind unsere politischen Handlungsspielräume.

Der Staat geht immer rabiater gegen Menschen vor, die protestieren und Widerstand leisten: Er will die **totale Überwachung**, schikaniert oppositionelle linke Milieus, verbietet hemmungslos Versammlungen, behindert Demonstrationen und verfolgt mit überbordend harten Strafen. Um sozial Benachteiligte ruhig zu halten, werden sie von Ämtern schikaniert und sollen ihre Verelendung durch Billigstkonsum kompensieren, oft auf Kosten ihrer Gesundheit und derjenigen, die diese Produkte herstellen müssen. Die Rechtlosigkeit ärmerer Menschen wird durch die geplante Einschränkung der Prozesskostenhilfe noch verschärft.

Im kapitalistischen Zentrum EU-Europas bemühen sich **antikapitalistische Gruppen** um die Verbindung zu den politisch bewussten Kämpfen an der EU-Peripherie. Die M31-Aktionen in 2012 waren ein solcher Versuch der Vernetzung. Die antiautoritäre antikapitalistische Linke muss gegen die soziale Spaltung die antinationale Solidarität der Lohnabhängigen und Marginalisierten setzen und für ein Klassenbewusstsein ohne nationale Grenzen eintreten. **Der Hauptfeind im kapitalistischen Zentrum EU-Europa bleibt das deutsche Kapital.**

Die Perspektive für alle kann nur in der Überwindung des kapitalistischen Systems liegen,

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70

www.oekologische-linke.de

E-Mail: info@oekolinx-arl.de

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Frankfurter Sparkasse
Konto: 200 500 651
BLZ: 500 502 01

alles andere bleibt reformistisches Stückwerk und bewirkt allenfalls eine kurzfristige Linderung des Elends. Es gilt, radikal an die Wurzel des Übels zu gehen, solidarisch zu kämpfen und nicht in reformistische Fallen zu stürzen. Unter dem erstickenden Teppich der Verhältnisse schwelt die Unzufriedenheit vieler Menschen. Oft hat sie noch keinen konkreten Ausdruck, aber die Erinnerung an frühere Kampferfahrungen und radikale Teilerfolge in sozialen Kämpfen kann wachgerufen werden. Wer weiß, dass Widerstand möglich ist – und sich vorstellen kann, wo wir heute ohne unsere früheren Kämpfe stünden! –, kann mithelfen, Bedingungen zu schaffen, in denen Menschen die in ihrer Vereinzelung begründete lähmende Ohnmacht gemeinsam überwinden.

Den Kapitalismus zu beenden bedeutet Lohnarbeit, Waren und Geld abzuschaffen.

Solange der Wert eines Menschen durch die Verwertbarkeit seiner Arbeitskraft bestimmt ist, kann keine soziale Gleichheit als Voraussetzung individueller Verwirklichung durchgesetzt werden. Wir wollen eine Gesellschaft die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zu Konkurrenz, Egoismus und Konsumismus. In einer solchen Gesellschaft wäre die Produktion so vollständig verändert wie die Produkte und damit unsere Lebensweise. Die gesellschaftliche Entwicklung sowie die Entfaltung der Produktivkräfte und ihre technologischen Voraussetzungen würden die freie Versorgung der Menschen ermöglichen und ihre individuellen Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten (z. B. Naturerhaltung) vermitteln. Die vom Zwang befreite Arbeit verlöre ihre scharfe Trennung zur freien Zeit, für die unter den heutigen Bedingungen wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss.

Für die soziale Revolution, weltweit!

Stellungnahme des
**BundessprecherInnenrates (BSR)
der Ökologischen Linken** im April 2013